Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken 15 Pfennig

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschafter / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis für Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatl. 1 RM.); durch die Post bezogen monatl. 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m.b.H., Dresden-A. / Geschäftsst. u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17 259 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13 533. Emil Schlegel Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang — Donnerstag, den 24. März 1927 — Nummer 70

Wieder ein Arbeiter von Faschisten ermordet!

Sozialdemokrat Grzesinski deckt die Polizeiprovokationen

Der Vorwärts schützt die Faschisten — Drohung mit dem Verbot des Roten Frontkämpferbundes

Berlin, 24. März. (Eigene Drahtmeldung.)

Das Vorgehen der Faschisten und Polizei hat drei Todesopfer gefordert. Nachdem vorgestern ein Arbeiter erschossen wurde, ist im Krankenhaus ein Schwerverletzter gestorben. Name und Adresse konnten nicht in Erfahrung gebracht werden, weil die Staatsanwaltschaft beschlagnahmte.

In der Nacht vom Montag zum Dienstag haben die Faschisten einen Spandauer Genossen überfallen und totgeschlagen.

Die Rote Fahne veröffentlicht eine ganze Anzahl von Augenzeugenberichten, **aus denen hervorgeht, daß die Polizei provozierte und teilweise von hinten in die Menge hineinschoß.** Im Preußischen Landtag erklärte gestern der Innenminister Grzesinski: „Ich sage hier ganz offen, **die Beamten hatten ganz recht, von der Waffe Gebrauch zu machen.**" Er drohte dann das eventuelle Verbot des RFB an. Die Berliner Polizei ist allgemein auf erhöhte Alarmbereitschaft gebracht worden. Der Vorwärts schreibt in seinem Kommentar zur Rede Grzesinski: „Wenn es den Nationalisten gelingt, einige Kommunisten totzuschlagen, so sind dieselben menschlich zu bedauern, aber politisch bedeutet das sonst nichts. Dasselbe gilt von Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Polizei."

In Lichtenberg wurde ein Kameradschaftslokal des RFB von der Schupo besetzt und die RFB-Kameraden, aber auch alle im Lokal anwesenden Zivilisten nach Waffen durchsucht. Gefunden wurden natürlich keine.

*

Die Polizei setzt also ihre Aktionen gegen die Roten Frontkämpfer und nicht gegen die angreifenden Faschisten ein. Im Preußischen Landtag mußte der Innenminister zugeben, daß am Sonntag die Faschisten die Angreifer waren, gestern mußte der Vorwärts eingestehen, daß der RFB mit dem Zusammenstoß nichts zu tun habe. Er schreibt: „Der Zug der Roten Frontkämpfer war zurückgeblieben und auch an dem Zusammenstoß nicht beteiligt." Zu dem weiteren Zusammenstößen war der Vorwärts nochmal: „Auch an diesen Zusammenstößen war der RFB nicht beteiligt." Trotzdem aber unternimmt man den Versuch, gegen die RFB-Kameraden zu hetzen.

Die Faschisten haben einen weiteren Ueberfall durchgeführt und — wie mit oben meldeten — einen Arbeiter erschlagen. Die Arbeiterschaft muß sich zusammenschließen und Schluß machen mit dem Faschistenterror. Besonders an die sozialdemokratische Arbeiterschaft richten wir die ernste Mahnung, mit uns gemeinsam den Kampf zu führen. Die Lehren von Italien zeigen, daß der Faschismus nicht mit die Kommunisten angreift, sondern daß er gegen jeden vorgeht, der sich nicht vollständig unterwirft.

Organisiert Protestkundgebungen gegen den Mörderterror der Faschisten!

*

Das Blutbad auf der Weberwiese

Der Bericht eines Augenzeugen.

Auf dem Roten Platz (Weberwiese) hatten sich etwa 2000 Personen versammelt, um gemeinsam vom Schlesischen Bahnhof nach Charlottenburg zu fahren. Als ein RFB-Kamerad eine kurze Ansprache hielt, versuchten die Zivilaufpasser der Polizei zu provozieren. Besonders tat sich ein junger Bursche mit Seglermütze und Gummimantel hervor, der sich aber bald vorzog, zu seinen uniformierten Freunden zu flanieren.

Als dann der Abmarsch erfolgte, wollte ein Kommando von etwa 50 Beamten unter Führung eines jungen Leutnants in Mütze und Pelerine den Platz absperren und die RFB-Kameraden am Abmarsch verhindern. Der Zug drehte aber und verließ den Platz am anderen Ende. **Nun hieben die Beamten** aus Wut darüber **auf die zurückgebliebenen Frauen und Kinder** ein, die zu flüchten versuchten, aber die Ausgänge von Schupo besetzt fanden. Plötzlich drehten die Beamten und stürmten auf die inzwischen ruhig die Frankfurter Allee marschierenden Roten Frontkämpfer los und fingen an, mit ihren **Gummiknüppeln auf die Kameraden loszuprügeln.**

Ein anderer Augenzeuge, der neben dem Offizier stand, hörte, wie dieser halblaut zu den um ihn herumstehenden Schupobeamten sagte: „Feste los!" Bei diesen Worten gab der Leutnant selbst den ersten Schuß ab!

Das war das Signal zu einer Schieß- und Prügelorgie, wie sie die meisten der Beteiligten wohl noch nie erlebt haben. Wie ob sie aus einer Irrenanstalt entsprungene Tollwütige seien, stürzten die Polizisten, die erst vor kurzem vom Lande nach Berlin gekommen sind, auf den Zug los. Im Laufen holten sie die Pistolen aus den Taschen und begannen, einen Schritt von der Marschkolonne entfernt, in die Menge hineinzuschießen. Einer der Grünen drehte sich dabei dauernd im Kreise, mit der einen Hand den Gummiknüppel schwingend, in der anderen den Revolver, und schoß blindlings in die Menge. Dabei rief er unaufhörlich: „Straße frei! Straße frei!"

Trotzdem die Menge andauernd zurückwich und gar nicht an Widerstand dachte, schossen sie weiter. Das war, in einer Entfernung von einem Meter, kein Schießen, das war ein Abschlachten, tierisches Morden.

An der Schießerei beteiligte sich übrigens auch ein Zivilist, der vorher mit den Beamten gesprochen hatte.

So kam es denn zu einem **Blutbad von erschreckender Ausdehnung.** Die Masse stand festgekeilt und wurde von allen Seiten durch die rasenden Polizisten beschossen. Ein Schupo legte **einem Zivilisten den Revolver direkt auf die Brust.** Mit einem Schmerzensschrei brach er zusammen. Ein Toter, zahllose Schwer- und Leichtverletzte bedeckten die Straße.

Erschossen wurde:

Radefach, Fruchtstraße 52.

Die Namen der von uns bisher festgestellten Schwerverletzten sind:

Plietsch, Langestraße 23;
Flechtner, Samariterstraße 36;
Morgenstern, Fruchtstraße 54;

sämtlich im Krankenhaus Friedrichshain.

Die Namen weiterer zweier Schwerverwundeter konnten wir bisher noch nicht feststellen. **Etwa 20 Personen wurden leicht verletzt.** Einer der Verwundeten wurde in einem Taxameter abtransportiert, den die Grünen aufzuhalten versuchten. Als der Wagen aber in rascher Fahrt die Schupokette durchfuhr, wurde direkt in den Wagen hineingeschossen!

In der Fruchtstraße sammelte sich der Zug wieder und zog in mustergültiger Disziplin zum Bahnhof.

10-Stundentag und Ueberstunden

Berlin, 24. März.

Der Lokalanzeiger ist in der Lage, den gestern vom Reichskabinett mit den von den Regierungsparteien beschlossenen Aenderungen gebilligten Entwurf des Arbeitszeitnotgesetzes im Wortlaut zu veröffentlichen. Danach sieht der Entwurf über das bisher Bekanntgewordene hinaus noch folgende Bestimmungen vor:

In § 9 wird die Ueberschreitung der Arbeitszeit in Ausnahmefällen auf **10 Stunden täglich** begrenzt. Eine Ueberschreitung **ist „nur aus dringenden Gründen des Gemeinwohls" mit bestrittener Genehmigung zulässig,** wenn es sich um Vorbereitungs- und Ergänzungsarbeiten handelt, bei denen eine Vertretung des Arbeitnehmers durch andere Arbeitnehmer des Betriebes nicht möglich ist und die Heranziehung betriebsfremder Arbeitnehmer dem Arbeitgeber nicht zugemutet werden kann. Was als Vorbereitungs- und Ergänzungsarbeit anzusehen ist, bestimmt der Reichsarbeitsminister nach Anhörung der wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Nach § 10 finden die Beschränkungen der Arbeitszeit keine Anwendung bei Arbeiten in Notfällen, die unabhängig vom Willen der Beteiligten eintreten und nicht auf andere Weise zu beseitigen sind, besonders **wenn Rohstoffe** oder Lebensmittel zu verderben drohen, **oder die Gefahr des Mißlingens eines Arbeitserzeugnisses vorliegt.** Das gleiche gilt, wenn eine geringe Zahl von Arbeitnehmern am gleichen Tage mit Arbeiten beschäftigt wird, **deren Nichterledigung das Ergebnis der Arbeit** gefährden oder einen **verhältnismäßig großen** wirtschaftlichen Schaden zur Folge haben würde.

Zu den Bestimmungen über den Lohnzuschlag bei Mehrarbeit ist noch hinzuzufügen, daß in Streitfällen ein Schlichter bindend zu entscheiden hat und daß bei bereits bestehenden tarifvertraglichen Vereinbarungen über Mehrarbeit die neuen Vorschriften erst nach Ablauf des Vertrages, spätestens jedoch vom 1. Juli 1927 an, gelten.

*

Dieser Entwurf ist eine neue freche Verhöhnung der Arbeiterklasse. Mit der Begründung, daß das „Gemeinwohl" es erfordere, und die „Gefahr des Mißlingens" gegeben sei, kann von jedem Unternehmer die Arbeitszeit bis ins Unendliche verlängert werden. Die Arbeiter müssen sich mit aller Entschiedenheit gegen diesen Entwurf wenden. Der Kampf muß um den starren Achtstundentag geführt werden.

Tarifregelung im Ruhrkohlenbergbau

Berlin, 23. März. (Telunion.)

Der unter dem Vorsitz des stellvertretenden Schlichters für den Bezirk Westfalen am 18. März gefällte Schiedsspruch über die Manteltarif- und Arbeitszeitregelung im Ruhrkohlenbergbau ist durch den Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden.

Nieder mit dem Faschismus!

Die Dresdner Arbeiterschaft demonstriert am Montag gegen den Faschistenterror

Heraus zur Massenkundgebung!

Berlin — ein Signal!

Von Rudolf Renner

Dresden, den 24. März 1927.

Am Sonntag überfielen Hakenkreuzlerbanditen in mehr wie zehnfacher Uebermacht einen kleinen Trupp Roter Frontkämpfer. Am Dienstag abend schoß die Berliner Polizei in die gegen den frechen Ueberfall demonstrierenden Berliner Arbeiter. In der Nacht vom Montag zum Dienstag überfielen faschistische Banditen einen **Arbeiter** und schlugen ihn tot. In Duisburg und Solingen, wie in Teilen Berlins wurden Reichsbannerkameraden überfallen und schwer mißhandelt. Den Ueberfall auf die 20—25 kommunistischen Arbeiter, den die Faschisten am Bahnhof Lichterfelde ausführten, hatten sie schon in Trebbin versucht, jedoch hatte sie das vorzeitige Abfahren des Zuges daran verhindert. Der Angriff der Faschisten wurde von diesen unter der Parole geführt: „Schlagt die roten Hunde tot!" Die Polizei, die am Dienstag in die Arbeiterdemonstration schoß, blieb den faschistischen Angreifern gegenüber passiv. Sie schützte nicht einmal die verwundeten Frontkämpfer, sondern duldete es, daß die Faschisten auf diese mit Spaten und Stöcken einschlugen, bis sie in das Schupoauto gebracht wurden. **Verhaftet wurden 20 Frontkämpfer und nur 5 Faschisten.** Der Vorwärts schreibt zu diesen Vorgängen: „Das hat politisch keine Bedeutung." Diese Haltung des sozialdemokratischen Parteiorgans bedeutet die positive Unterstützung des faschistischen Terrors und der Pläne der Reaktion. Faschisten und Polizei stehen in einer Front. Rote Frontkämpfer, Reichsbannerkameraden, überhaupt das gesamte Proletariat wird den faschistischen Banditen als vogelfrei ausgeliefert. Die gesamte Arbeiterschaft muß gegen dieses Vorgehen nicht nur protestieren, sondern sich vorbereiten, die faschistischen Ueberfälle mit proletarischer Faust abzuwehren. Die Arbeiter sind nicht rauflustig, aber gegenüber diesen frechen, unverschämten Auftritten der Faschisten gilt es, das Recht der proletarischen Not- und Abwehr zu proklamieren. Die geschlossene Arbeiterschaft wird, wenn sie gemeinsam den Kampf gegen die Mordorganisation aufnimmt, mit dieser Gesellschaft der Marodeure und Banditen fertig werden. Die Faschisten verkünden, daß sie am 8. Mai in Berlin ihre Totschlägermethoden anläßlich eines Aufmarsches weiter fortführen wollen. Die Arbeiterschaft Berlins wird bereit sein, der Gesellschaft zu beweisen, daß ihre Bäume nicht in den Himmel wachsen, daß sie nicht ungestraft die Arbeiter provozieren kann.

Die Arbeiterschaft muß aber klar den politischen Sinn dieser Vorgänge erkennen. Es ist ein Betrug der Arbeiter, wenn der Vorwärts eine solche Bedeutung abstreitet. In Wirklichkeit handelt es sich um eine planmäßige Aktion der Reaktionäre zur vollständigen Unterdrückung der Arbeiterschaft. Diese Ueberfälle der Faschisten, verbunden mit der Passivität der Polizei gegenüber den faschistischen Frechheiten, werden von der Reaktion eingeleitet, um die sich jetzt rührende und den Abwehrkampf gegen die kapitalistische Rationalisierung beginnende Arbeiterschaft schonungslos niederzuknüppeln, den neu entstandenen Kampfwillen der Arbeiterschaft zu brechen. Die faschistischen Ueberfälle sind die Vorpostengeplänkel für die Aufrichtung eines schärferen und brutaleren Terrorregimes. Unter dem Protektor des Förderers der faschistischen Organisationen, des Reichsinnenministes von Keudell, wittern die Faschisten Mordfreiheit gegenüber der Arbeiterschaft. Der Polizeiangriff auf die Demonstration gegen diese Faschistenüberfälle bedeutet die beabsichtigte Provokation der Arbeiter, um Ausnahmegesetze gegen das Proletariat schaffen und seine revolutionären Organisationen verbieten zu können.

Die Arbeiter Berlins sind auf die Provokationen nicht eingegangen. Die Arbeiter werden aber sich in Zukunft die frechen Angriffe der Faschisten nicht mehr gefallen lassen. Das brutale Vorgehen der Faschisten und der Polizei gegen die Berliner Arbeiter hat in der gesamten Arbeiterschaft ungeheure Empörung ausgelöst. Die Arbeiterschaft begreift, daß die in Berlin gegen sie geführten Angriffe nicht nur Geplänkel zweier feindlicher Organisationen sind, sondern daß es sich um den Kampf um die soziale Lage der gesamten Arbeiterklasse handelt, daß Angriffe der Faschisten und Provokationen der Polizei Vorstöße zur weiteren Verlängerung der Arbeitszeit und Lohnkürzungen sind. Mit den brutalen Methoden soll das Proletariat eingeschüchtert werden, um die jetzt schon einsetzenden Verteuerungen der Lebensmittelpreise, die am 1. April eingesetzte Mietpreiserhöhung, die Durchbrechung der Mieterschutzbestimmungen, die Herausetzung der Proleten aus den Wohnungen widerspruchslos entgegenzunehmen. Das ist der wirkliche und tatsächliche Sinn der Ueberfälle auf die Arbeiter.

Immer wieder müssen und werden wir betonen, daß gegen das Vorgehen der Reaktion die einzig wirksame Waffe der Zusammenschluß der gesamten Arbeiterschaft ist.

SLUB
Wir führen Wissen.